

Verwahrloster Arbeitsmarkt

ARBEIT Die Politik hat es angerichtet, sie soll den Arbeitsmarkt wieder richten – die Chancen dafür wurden auf einer DGB-WSI-Tagung ausgelotet.

Michael Sommers Rede handelt davon, wie stark die Arbeit das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen berührt; davon, dass „Arbeit einen Wert und eine Würde hat“ und die Zeiten, in denen „Hauptsache Arbeit“ galt, vorbei seien. So eine Rede passte gut zur Jerusalemkirche in Berlin-Kreuzberg, wo DGB und WSI Ende Mai mit Parteienvertretern und Betriebsräten ihr Konzept einer „Neuen Ordnung der Arbeit“ diskutierten, mit dem sie für einen Politikwechsel werben – nach dem 22. September. Künftig soll gute Arbeit besser geschützt und prekäre nachhaltiger bekämpft werden – unterbezahlte, unsichere und ungesunde Arbeit. Michael Sommer nimmt die Politik in die Pflicht. Sie sei „maßgeblich verantwortlich für den verwahrlosten Zustand am Arbeitsmarkt“, sie habe „den Arbeitsmarkt mit Befristungen, Minijobbern, Solo-Selbstständigen und Hartz-IV-Aufstockern geflutet“. Wobei der DGB-Chef ein schlichtes Agenda-Bashing umging und stattdessen an einen langen Prozess von Deregulierung erinnerte, der 1982 eingesetzt habe und in dessen Verlauf Arbeitgebervertreter sogar die Tarifverträge verbrennen wollten.

Nun soll es die Politik also wieder richten. Weil Mitbestimmung und Tarifpolitik nicht allein die Fehlsteuerungen korrigieren und „die tiefe Spaltung am deutschen Arbeitsmarkt“ überwinden können, sagt Sommer, der gleichwohl ordnungspolitisch im bewährten Rahmen bleiben möchte – mit den Tarifparteien plus staatlicher Rahmensezung und eher nicht in Richtung Tripartismus. Zwei zentrale Pfeiler hat die neue Ordnung am Arbeitsmarkt. Der eine ist nicht

irgendein Mindestlohn, sondern der flächendeckende, gesetzliche, 8,50-Euro-Stundenlohn, den Michael Sommer zu propagieren nicht müde wird. Der andere Pfeiler ist die erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen. All den Veto-Playern, die gern Mindestlohn und Tarifautonomie gegeneinander ausspielen, gab der Gewerkschaftschef eine Lektion: „Die Forderung nach einem Mindestlohn ist die Notwehr gegen die Zerstörung der Tarifautonomie, wir brauchen den Mindestlohn, um die Ausfransung nach unten zu verhindern.“ Genauso wie die AVE unter Mithilfe der Politik das bröckelnde System der Tariflöhne stabilisieren und vor Schmutzkonkurrenz schützen könne.

WSI-Direktorin Brigitte Unger verwies auf die Mindestlohn-gestaltung in Großbritannien sowie auf die Prekaritätsprämie für Leiharbeit in Frankreich. Gegenstand ihres Vortrags waren Vorschläge zur Verminderung prekärer Beschäftigung in anderen europäischen Ländern – und was Deutschland daraus lernen kann.

Danach lieferten sich die arbeitsmarktpolitischen Sprecher der Parteien einen munteren Schlagabtausch. SPD und Grüne versprechen – zum Teil reumütig –, Ordnung zu schaffen. In der Tat, deren Schnittmengen mit den DGB-Vorschlägen sind relativ groß: Die Mitbestimmung stärken, wieder ein Synchronisationsverbot bei Leiharbeit, Reform der Minijobs und Rückkehrrecht auf Vollzeit nannte etwa Hubertus Heil, SPD. „Wir haben unter Rot-Grün Fehler gemacht, weil die notwendige ‚Flexi‘ einseitig zulasten der Arbeitnehmer ging“, sagte Brigitte Pothmer, Grüne. Umso kämpferischer hält sie heute „Minijobs für eine Katastrophe“ und greift die FDP an. Die spielte routiniert den Buhmann in Person von Heinrich Kolb, der fast schon provokant „das große Repertoire an Beschäftigungsformen“ lobte, das so viele Arbeitsplätze generiert habe. Karl Laumann, CDU, knottete gegen die Agenda 2010, die all die Probleme verursacht habe, und gab Einblicke in seinen Gemütszustand – hin- und hergerissen zwischen dem CDA-Arbeitnehmerflügel und seiner Partei. Während Klaus Ernst von der Linken alle – einschließlich DGB – an Regulierungseifer überholte, einen Mindestlohn von zehn Euro fordert und auch gleich ein Verbot der Leiharbeit. ■

Von **CORNELIA GIRNDT**, Redakteurin des Magazin Mitbestimmung



WSI-DIREKTORIN UNGER, DGB-CHEF SOMMER (L.), POLITIKERRUNDE MIT KOLB, LAUMANN, HEIL, ERNST UND POTHMER (V. R.): Wert und Würde der Arbeit